

Sachdokumentation:

Signatur: DS 5489

Permalink: www.sachdokumentation.ch/bestand/ds/5489



Nutzungsbestimmungen

Dieses elektronische Dokument wird vom Schweizerischen Sozialarchiv zur Verfügung gestellt. Es kann in der angebotenen Form für den Eigengebrauch reproduziert und genutzt werden (private Verwendung, inkl. Lehre und Forschung). Für das Einhalten der urheberrechtlichen Bestimmungen ist der/die Nutzer/in verantwortlich. Jede Verwendung muss mit einem Quellennachweis versehen sein.

Zitierweise für graue Literatur

Elektronische Broschüren und Flugschriften (DS) aus den Dossiers der Sachdokumentation des Sozialarchivs werden gemäss den üblichen Zitierrichtlinien für wissenschaftliche Literatur wenn möglich einzeln zitiert. Es ist jedoch sinnvoll, die verwendeten thematischen Dossiers ebenfalls zu zitieren. Anzugeben sind demnach die Signatur des einzelnen Dokuments sowie das zugehörige Dossier.

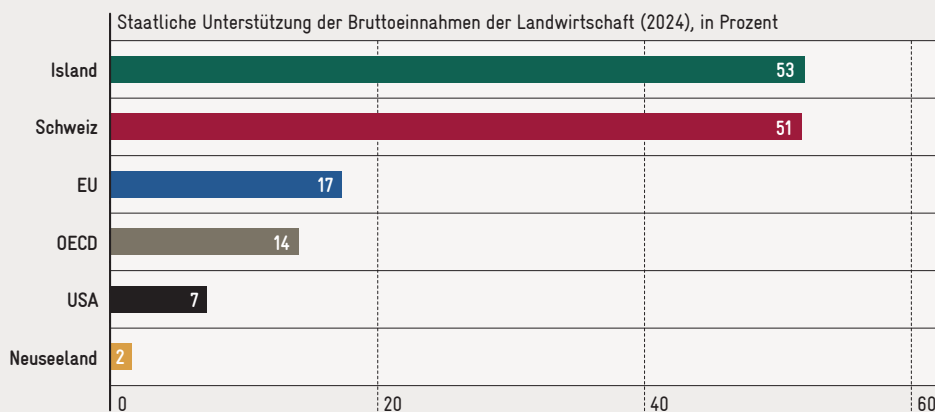
Teure Agrarpolitik

Die Schweizer Agrarpolitik kostet Milliarden, erreicht aber zentrale Verfassungsziele kaum. Hohe Preise, Abhängigkeit von Subventionen und zu viele politische Vorgaben belasten Bevölkerung und Landwirte gleichermassen.

Ausgangslage

Jedes Jahr fliesst viel staatliche Unterstützung in die Landwirtschaft: 2024 waren es 3,6 Mrd. Fr. an direkten Subventionen und 3,1 Mrd. Fr. durch indirekte Preis- und Markteingriffe. Diese Mittel sollen Versorgungssicherheit, Umweltziele, Kulturlandschaft und Einkommen der Bauern sichern. Doch die Kritik wird lauter: Zielkonflikte, hohe Kosten und wachsende Abhängigkeiten belasten das System. Mit der «Agrarpolitik 2030+» (AP30+) erarbeitet der Bund derzeit die Grundlagen für die künftige Agrarpolitik – und es stellt sich die Frage, wie Steuergelder künftig wirksamer und effizienter eingesetzt werden können.

Die Schweiz stützt ihre Bauern so stark wie kaum ein anderes Land



Die staatliche Unterstützung macht 51% aller Einnahmen der Bauern aus – mehr als dreimal so viel wie im OECD-Durchschnitt.

Facts

21,3%

Der durchschnittliche Agrarzoll der Schweiz liegt bei 21,3% (2024). Damit ist er zweieinhalbmals höher als in der EU und fünfmal höher als in den USA. Zum Vergleich: Der durchschnittliche Zoll auf nichtlandwirtschaftliche Güter beträgt 0,6%.

■ **Hohe Kosten für Haushalte:** Agrarzölle verteuern Lebensmittel und wirken nicht gezielt: Ein beträchtlicher Teil der Preisstützung kommt nicht bei den Landwirten an, sondern verbleibt im Handel. Schweizer Haushalte zahlen dadurch im Durchschnitt über 750 Fr. pro Jahr mehr; das Preisniveau liegt rund 60% über dem EU-Durchschnitt.

■ **Strukturelle Abhängigkeit:** Über die Hälfte der Einnahmen der Bauern stammt aus staatlicher Stützung. Dieses System schafft Abhängigkeit statt Eigenständigkeit und kann überfordern: Rund 4000 Seiten Vorschriften, hoher administrativer Aufwand – und eine doppelt so hohe Burnout-Rate wie im Durchschnitt.

■ **Mehr Mittel für Landwirte:** Die Ausgaben für die Landwirtschaft sind über die Jahre stabil. Da die Zahl der Betriebe sinkt, steigen die staatlichen Beiträge real pro Betrieb: im Vergleich zu 2004 um +38,5%; pro Hektare um +3,5%. Gleichzeitig sind die landwirtschaftlichen Einkommen (2024: 81700 Fr.) seit 2010 inflationsbereinigt um 40% gewachsen – stärker als in anderen Haushalten.

■ **Überschätzte Selbstversorgung:** Der Selbstversorgungsgrad beträgt 53%. Der Import von Futtermitteln, Saatgut, Dünger, Traktoren oder Treibstoff bleibt dabei jedoch unberücksichtigt. Dadurch wird der Beitrag der Landwirtschaft zur tatsächlichen Versorgungssicherheit überschätzt.

Empfehlungen

Die Agrarpolitik scheitert nicht am Geld, sondern an Zielkonflikten und falschen Anreizen. Erstens sollte der **Grenzschutz schrittweise reduziert** werden. Agrarzölle sind ein ineffizientes Instrument und tragen kaum zur Versorgungssicherheit bei. Diese entsteht durch diversifizierte Bezugsquellen und eine kluge Pflichtlagerhaltung. Zweitens braucht es eine **klare Priorisierung der**

Ziele. Die Politik muss festlegen, welche Leistungen sie von der Landwirtschaft tatsächlich erwartet – statt immer neue, teils widersprüchliche Ansprüche zu bündeln. Drittens ist die **Finanzierung neu auszurichten:** weg von pauschalen Direktzahlungen, hin zu ergebnisorientierten Anreizen. Öffentliche Gelder sollen gezielt messbare Leistungen vergüten, statt das Befolgen von Detailvorschriften.

